



# Bericht aus Berlin

19. November 2021

*Liebe Freundinnen und Freunde,*

dies ist mein erster Bericht aus Berlin seit der Bundestagswahl. Dass ich ihn schreiben kann, verdanke ich einer wirklich großartigen Unterstützung in meinem Wahlkreis. Nur so konnte es gelingen, mit einem hauchdünnen Vorsprung von 52 Stimmen das Direktmandat zu erringen. Diese 39.431 Stimmen erfüllen mich mit Demut und großer Dankbarkeit. Sie sind für mich Anerkennung meiner Arbeit, aber auch ein Ansporn für die Zukunft. Das Vertrauen, dass mir in meinem Wahlkreis entgegengebracht wurde, ist zugleich eine besondere Verpflichtung, mich auch weiterhin mit ganzer Kraft für unsere Region einzusetzen.

Demut vor dem Wahlergebnis und Ansporn für die Zukunft bringen auch die derzeitige Situation der CDU gut auf den Punkt. Ich begrüße ausdrücklich, dass nun endlich die Basis das Wort erhält, wenn es um Kurs und Führung der Union geht. Den Vorsitz übernimmt, wer die Mehrheit der Mitglieder hinter sich versammelt. Und an diesem Vorsitzenden wird es dann sein, die inhaltliche und strukturelle Erneuerung der CDU zu gestalten. Dies wird sicherlich ein langer und nicht eben einfacher Weg. Nach dem wirklich niederschmetternden Wahlergebnis ist es aber ein Weg mit großen Chancen, der mir Mut für die Zukunft der CDU macht: Ich habe Lust auf Politik, ich möchte mich in meiner Partei einbringen, ich möchte Zukunft gestalten. Und ich weiß, dass es vielen Menschen ebenso geht und wir gemeinsam die CDU mit neuen Inhalten und neuem Leben füllen können.

Die neue Legislaturperiode beginnt – leider! – wie die alte geendet ist. Corona ist das beherrschende Thema, wir debattieren die Fortsetzung oder das Auslaufen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Die Wogen schlagen hoch, Befürworter und Gegner bringen schweres Geschütz in Stellung. Hier ist es in meinen Augen dringend an der Zeit, rhetorisch abzurüsten. Was ist die epidemische Lage?

Sie ist kein nationaler Katastrophenfall, kein Ermächtigungsgesetz, kein Anschlag auf die Grundfesten unserer Demokratie. Die epidemische Lage ist schlicht und einfach eine gesetzliche Grundlage, auf der Bund und Länder Verordnungen zur Eindämmung der Pandemie erlassen können. Sie gibt uns einen funktionierenden Instrumentenkasten zur Pandemie-Bekämpfung an die Hand – als Dauerlösung war sie allerdings nie vorgesehen. Insofern kann ich zumindest teilweise die Argumentation für die neue Gesetzeskonstruk-

tion nachvollziehen. Essenziell ist in dieser sich dramatisch zuspitzenden Situation, dass der Instrumentenkasten auch zukünftig die richtigen Instrumente enthält. Leider hat die Ampel schlicht und ergreifend zu viel herausgenommen. Die zukünftige Lösung muss funktionieren, sie muss aber auch absolut rechtssicher sein. Nichts wäre angesichts rapide steigender Infektionszahlen fataler als Erlasse und Verordnungen, die durch gerichtliche Instanzen geklagt und wechselnd bestätigt oder gekippt werden.

Stichwort klare Regelungen: Mit dem Wirrwarr um die Boosterimpfungen steht sich Deutschland im Kampf gegen Corona wieder einmal selbst im Weg. Der Nutzen ist inzwischen mehr als belegt, es ist Zeit die Auffrischungsimpfung schnellstmöglich flächendeckend auf den Weg zu bringen und in Anspruch zu nehmen. Hier sind alle Ebenen vom Bund bis in die Kommunen, von der STIKO bis zum Hausarzt gefordert: Die Boosterimpfung braucht dringend einen Boost!

Wichtig für unsere Kommunen ist eine Gesetzesinitiative der CDU/CSU-Fraktion zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Hier hatte der Bund Zuschüsse von rund 3,5 Milliarden Euro zugesagt, die auf Betreiben von Finanzminister Olaf Scholz bis zum Jahresende 2021 befristet wurden.

Das sich nun abzeichnende Problem wird jeder bestätigen können, der aktuell einen Handwerker braucht: Materialknappheit trifft auf übervolle Auftragsbücher. Angesichts dieser Situation setzt sich die Union für eine Verlängerung der Förderfristen bis Ende 2022 ein. Wir wollen, dass die Bundeszuschüsse in voller Höhe vor Ort ankommen, der Ausbau der Ganztagsbetreuung darf nicht durch unerfüllbare Vorgaben ausgebremst werden.

In seinem Bericht an die Bundestagsfraktion, den ich Ihnen und Euch in der Anlage übersende, geht der Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus, MdB, auf folgende Themen ein:

- Corona-Krise entschlossen bekämpfen – links-gelb springt zu kurz.
- Union hält Wort beim Ganztagsausbau.

*Dir/Erer*  


**Mark Helfrich**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de



**Ralph Brinkhaus MdB**  
Vorsitzender

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

## Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
am 17. November 2021  
20. WP/ 2

### I. Die politische Lage in Deutschland

#### **Corona-Krise entschlossen bekämpfen – links-gelb springt zu kurz.**

Die aktuelle Corona-Lage ist sehr besorgniserregend. Die Lage in immer mehr Regionen unseres Landes wird von Tag zu Tag angespannter. Nun ist entschlossenes Handeln von Bund und Ländern erforderlich. Daher erwarten wir von dem Treffen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin und dem Vize-Kanzler klare Entscheidungen und wirksame Maßnahmen. Angesichts dramatisch steigender Infektionszahlen im ganzen Bundesgebiet braucht es schnelle, wirksame und möglichst bundesweite Lösungen.

Unsere Linie ist klar: In dieser Lage wollen wir im Bundestag den Fortbestand der epidemischen Lage von nationaler Tragweite feststellen. Diese Feststellung haben wir mehrfach seit März 2020 im Deutschen Bundestag getroffen. Sie ist heute leider richtiger denn je. Ein Auslaufenlassen der epidemischen Lage durch links-gelb ist fahrlässig. Denn die epidemische Lage von nationaler Tragweite aktiviert einen wirksamen und bewährten Instrumentenkasten. Er ist rechtssicher und ein verlässlicher Rahmen zur Pandemiebekämpfung.

Das links-gelbe Bündnis hat bei der Änderung des Infektionsschutzgesetz einen Teil unserer Änderungswünsche in seinen Gesetzestext aufgenommen etwa beim Fragerecht für alle Arbeitgeber, ob ihre Beschäftigten geimpft,

genesen oder getestet sind. Allerdings wird der Werkzeugkasten zur Bekämpfung der Pandemie für die Länder eingeschränkt, so dass wir im Ergebnis diesem Gesetz nicht zustimmen können.

Die vierte Pandemie-Welle wartet nicht auf die Regierungsbildung. Familien, Schüler, Studenten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen jetzt Klarheit, um sicher durch den Winter zu kommen.

### **Union hält Wort beim Ganztagsausbau.**

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen mit Milliardensummen beim schrittweisen Ausbau der Ganztagsförderung für Grundschul Kinder. Wir stehen bei Eltern, Kindern, Lehrern, Landräten und Bürgermeistern im Wort. Aufgrund der angespannten Lage im Handwerk können viele Mittel für den Infrastrukturausbau derzeit nicht rechtzeitig abgerufen und eingesetzt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion legt deshalb in dieser Sitzungswoche einen Gesetzentwurf zur Beratung vor. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund in Abstimmung mit den Bundesländern die vorgesehene Frist für den Mittelabruf über den 31. Dezember 2021 hinaus verlängert.

## **II. Die Woche im Parlament**

### **1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion**

**Feststellung des Fortbestehens der epidemischen Lage von nationaler Tragweite.** Die Corona-Infektionszahlen steigen in Deutschland weiterhin stark an. Die Ampel wird der dramatischen Entwicklung der Fallzahlen bisher nicht gerecht. Die liberale Anti-Corona-Strategie des links-gelben Bündnisses wird nicht aufgehen. Jeden Tag kündigt sie deshalb eine neue Idee zur Eindämmung der Pandemie an. Die Unionsfraktion wird sich für die Verlängerung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite, die am 25. November ausläuft, einsetzen. Diese war seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 die parlamentarische Grundlage für eine schnelle und situationsangemessene Reaktion. Sie wurde mehrfach um je drei Monate verlängert. Angesichts von Rekordinzidenzen und zunehmender Belastung der Intensivstationen wäre ein Auslaufen der epidemischen Lage zum jetzigen Zeitpunkt nicht nur sachlich, sondern auch kommunikativ das völlig falsche Signal.

**Gesetz zur Verbesserung des Schutzes vor Impfpassfälschungen.** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beraten, soll ein Vorschlag für die Schließung aller erdenklichen Strafbarkeitslücken bei

Impfpassfälschungen gemacht und das Strafmaß erhöht werden. Als Reaktion auf unseren Entwurf haben die Ampel-Fraktionen in aller Eile eigene Vorschläge in den Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes eingefügt und unsere inhaltlichen Anliegen teilweise übernommen (s.u.). Hintergrund unserer Initiative ist ein aktueller Beschluss des Landgerichts Osnabrück. Das Gericht hat die Nutzung gefälschter Impfpässe im privaten Bereich (z.B. gegenüber Apotheken oder Gastwirten) für nicht strafbar gehalten. Die Entscheidung ist in der Fachwelt umstritten und noch nicht rechtskräftig; die Generalstaatsanwaltschaft hat Rechtsmittel eingelegt. Dennoch müssen wir schon jetzt handeln und die Strafbarkeitslücken schließen.

### **Gesetz zur Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder.**

Der Deutsche Bundestag hat in der letzten Legislaturperiode mit dem Ganztagsförderungsgesetz die stufenweise Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschul Kinder ab dem Jahr 2026 auf den Weg gebracht. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei diesem Ausbau mit 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. Aufgrund der Lage im Handwerk können viele Mittel für den Infrastrukturausbau derzeit nicht rechtzeitig abgerufen und verausgabt werden. Unseren diesbezüglichen Antrag aus der letzten Sitzungswoche ergänzen wir nun mit einem konkreten Gesetzentwurf, über den wir in erster Lesung beraten. So wollen wir erreichen, dass der Bund in Abstimmung mit den Bundesländern die vorgesehene Frist für die Verausgabung der Mittel um eine angemessene Zeit über den 31. Dezember 2021 hinaus verlängert.

## **2. Sonstige Tagesordnungspunkte**

**Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze anlässlich der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite.** Vor einer Woche haben wir dieses Gesetz in erster Lesung beraten. Seither sind die Infektionszahlen weiter dramatisch gestiegen und die Corona-Lage hat sich nochmals verschärft. Der Gesetzentwurf, den wir nun in zweiter und dritter Lesung beraten, wurde zwar an einigen Stellen auf unsere Anregungen hin nachgebessert. Wichtige Änderungen fehlen aber noch: So mangelt es weiterhin an einer klugen Länder-Öffnungsklausel. Diese würde den Ländern die erforderliche Flexibilität geben, um auf die Lage vor Ort adäquat zu reagieren. Andere Kernforderungen unserer Fraktion – wie etwa das Auskunftsrecht der Arbeitgeber und 3G am Arbeitsplatz – wurden hingegen übernommen. Ob der Entwurf von SPD, Grünen und FDP ausreicht, um das Infektionsgeschehen effektiv eindämmen zu können, ist mehr als zweifelhaft.

**Verordnung zur Festsetzung des ergänzenden Bundeszuschusses nach § 221a Absatz 3 Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2022 (Bundeszuschussverordnung 2022).** Wir stimmen über die Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit zur Festsetzung des ergänzenden Bundeszuschusses für die Sozialversicherung ab. Angesichts der angespannten Finanzlage in der gesetzlichen Krankenversicherung soll der Bundeszuschuss für 2022 nochmals um sieben Milliarden Euro erhöht werden. Zusammen mit dem gesetzlich vorgesehenen Bundeszuschuss von 14,5 Milliarden Euro an den Gesundheitsfonds und dem bereits beschlossenen Sonderzuschuss von 7 Mrd. Euro ergibt sich nun eine Zahlung von insgesamt 28,5 Milliarden Euro. Ohne zusätzliche Finanzmittel des Bundes für das Jahr 2022 wären erhebliche Zusatzbeitragssteigerungen zu erwarten. Zudem würden auch die Lohnnebenkosten für die Wirtschaft steigen. So leistet der Bund einen Beitrag zur Stabilisierung der Lohnnebenkosten unter 40 Prozent und damit zur Erholung der Wirtschaft.

**Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben im Umsatzsteuerrecht.** Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2020 haben wir neue Rahmenbedingungen für die Durchschnittsbesteuerung geschaffen und der Bundesregierung aufgegeben, die Höhe der Vorsteuerbelastung der pauschal besteuerten Landwirte jährlich anhand aktueller statistischer Daten zu überprüfen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf des Bundesministeriums der Finanzen, über den wir in zweiter und dritter Lesung beraten, wird den Vorgaben des Unionsrechts Rechnung getragen. Der Durchschnittssatz für Pauschallandwirte soll auf den jeweils aktuellen Wert angepasst werden. Für das Jahr 2022 wird ein Steuersatz von 9,5 Prozent vorgesehen. Inwieweit die zugrundeliegende Berechnung angemessen ist, ließ sich im parlamentarischen Verfahren nicht zufriedenstellend aufklären. Daneben muss die Richtlinie (EU) 2021/1159 vom 13. Juli 2021 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf befristete Befreiungen von Einfuhren und bestimmten Lieferungen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie bis zum 31. Dezember 2021 in nationales Recht umgesetzt werden.

### **III. Daten und Fakten**

**Klimakonferenz COP26 in Glasgow endet am 13. November 2021 mit Abschlusserklärung.** Die wichtigsten Verhandlungsziele Deutschlands und der EU konnten erreicht werden. Nicht nur die EU, sondern auch andere Staaten wie insb. China, Indien, und USA bekennen sich zu ambitionierteren Klimazielen. Insbesondere legen sich die Parteien fest, ihre jeweiligen Klimaziele bereits 2022 nachzuschärfen – eine deutliche Beschleunigung gegenüber dem ursprünglichen Pariser Abkommen. Auch der Abschluss des

Regelbuchs ist ein großer Erfolg. Das Pariser Klimaabkommen wird so voll funktionsfähig und die Regeln für Klimabilanzen klar definiert. Er bietet Rechtssicherheit und die Voraussetzung für Investitionen in Schwellen- und Entwicklungsländern. Auch wenn die Formulierung zum Kohleausstieg abgeschwächt wurde, ist das Ziel benannt. Auch China und Indien haben sich zu einem Herunterfahren der Kohleverstromung bekannt. Wichtig ist auch: Beschlossene Initiativen zeigen, dass es Initiativen der Willigen möglich sind. Diese können später Vorreiter für globale Vereinbarungen sein.